

„Wenn Senat gewinnt, verliert Bremen“

Bundesverwaltungsgericht entscheidet nächste Woche über Klagen gegen A 281-Bauabschnitt 2.2

Von Ingo Lucker

LINKS DER WESER. Am Ende waren alle doch so klug wie zuvor. In einer Bürgerversammlung zum Thema A281 stellten die rund 200 Teilnehmer fest, dass sie in vielen Punkten einer Meinung waren – und doch ist eine einvernehmliche Lösung noch in weiter Ferne.

Die Vereinigung der Bürgerinitiativen für eine menschengerechte A281 (BI) hatte zu der Versammlung eingeladen. Viele ihrer Mitglieder waren vor knapp zwei Wochen beim Bundesverwaltungsgericht in Leipzig, das sich mit den Klagen von Anwohnern gegen den geplanten Bauabschnitt 2.2 der Autobahn beschäftigt. Ein Urteil wird indes erst am 24. November gefällt.

„Ich war erstaunt, wie gut die Richter mit der Sachlage vertraut waren“, sagte Bürgerinitiativen-Sprecher Norbert Breeger, der die Versammlung zusammen mit Jens Körber leitete. Und es sei ihnen nicht entgangen, dass die Vertreter der beklagten Verwaltung und der Verkehrsbehörde es nicht gewesen seien.

Vertreter aller Bürgerschaftsfraktionen machten in der Versammlung deutlich, dass sie,

wie auch der Großteil der betroffenen Bürger in Huckelriede und Obervieland, bevorzugen würden, den bisherigen Planfeststellungsbeschluss zu ändern. In der Versammlung wurde diese Haltung von Meike Schäfer (Grüne), Magnus Buhlert (FDP) und Gerd Arndt (Linke) wiederholt. Jürgen Pohlmann (SPD) sowie Heiko Strohmann vertraten zwar ebenfalls diese Meinung – wenngleich sie jedoch einwarfen, erst das endgültige Urteil aus Leipzig abwarten zu wollen, um darauf dann zu reagieren.

Peter Erlanson (Linke) fragte, warum man überhaupt auf das Gericht hören sollte. „Die Bürger und die Politik sind sich doch einig – dann lasst es uns doch so machen, wie die Mehrheit es will.“ Auch Meike Schäfer riet zur Neuplanung: „Andere Maßnahmen aus dem Planfeststellungsbeschluss sind ja auch schon geändert worden.“

Die Richter, so erzählte Rudi Geisler von der BI, hätten in der



Im vollbesetzten Saal der St.-Markus-Gemeinde diskutierte BI-Sprecher Norbert Breeger (rechts) am Donnerstag mit Bürgern und Politikern über mögliche Perspektiven nach dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes. Foto: Lucker

Planung indes Abstimmungsfehler festgestellt. „Es kann also sein, dass der Behörde in einigen Punkten Recht gegeben wird, weil die Bremer Politik nicht aufgepasst hat, was die Verwaltung da plante“, warnte Geisler. „Und“, ergänzte Breeger, „wenn der Verkehrssenator in Leipzig gewinnt, verliert Bremen.“

Die BI stellt sich also jetzt schon die Frage: „Was tun nach

Leipzig?“ Nach dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts findet daher eine weitere Bürgerversammlung statt: Am Donnerstag, 25. November, können alle Interessierten ab 20 Uhr erneut im Saal der St.-Markus-Gemeinde, Arsterdamm 12-18, diskutieren, wie die A281 umweltverträglich und menschenwürdig geplant werden könnte – oder, welche weiteren Protestaktionen möglich sind.